

Wagnisloos:
Ausgabe A mit Illust. Beilage Wert 2.00 M. in Dresden und ganz Sachsen mit Post 2.40 M.; in Ostpreußen 2.80 M.
Ausgabe B Wert 1.00 M. in Dresden und ganz Sachsen mit Post 1.40 M.; in Ostpreußen 1.80 M.
Einzelnummern 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Sächsische Volkszeitung

Einzelgen:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeitungsabgabe 25 J. in Restanteilen 20 J. Familienangelegenheiten 20 J.
Für unbedeutend gefährliche, sowie durch Fernsprecher ausgedehnte Anzeigen können mit der Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen.
Erscheinensort der Redaktion:
11-12 Uhr vorm.

Einzigste katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Jede Stimme fürs Zentrum!

Zwischen der deutsch-nationalen Volkspartei (ehemalige Konservativ, Freikonservativ, Reform), der deutschen Volkspartei (ehemals nationalliberal) und der Sächsischen Zentrumspartei haben gestern wichtige Verhandlungen stattgefunden. Es waren Bestrebungen im Gange, noch in letzter Stunde eine Einigung des Bürgertums auf einer gemeinsamen Liste zu erzielen. Das Zentrum hatte sich trotz schwerwiegender Bedenken nach vierstündiger Beratung einstimmig bereit erklärt, einer solchen Einigung zuzustimmen. Es hätte dann allerdings seine Wahlparole aufgeben müssen. Dem Hauptvorstand und den antwortenden Vertretern aus dem ganzen Lande lag aber daran, gegebenenfalls an der Bildung einer gemeinsamen Front des Bürgertums mitzuwirken. Als dann die Vertreter der drei genannten Parteien in später Abendstunde zusammentraten, stellte sich heraus, daß an ein Zustandekommen des Planes nicht mehr gedacht werden konnte. Er war gescheitert, da die bürgerliche Linke nicht mitmachen will. Das Zentrum hat jedenfalls seinen guten Willen gezeigt. Die Wahlparole des Zentrums vom 8. Dezember lautet:

„Bei der bevorstehenden Wahl zur deutschen Nationalversammlung in allen sächsischen Wahlkreisen eigene Kandidatenlisten aufzustellen. Die Zentrumspartei erklärt sich aber bereit, die anderen bürgerlichen Parteien dadurch zu unterstützen, daß die beiderseitigen Wahllisten zu einer verbundenen Liste im Sinne des neuen Wahlgesetzes vereinigt werden.“

Nachdem das Zustandekommen einer Liste unmöglich geworden war, erstreckten sich die Beratungen der oben genannten Parteien auf die Frage der verbundenen Listen. Er wurde über eine Einigung erzielt. Die Sachlage ist also so, daß das Zentrum auch bei uns eigene Kandidatenlisten aufstellt, diese Listen aber alsdann mit denen der deutsch-nationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei verbindet, so daß also von einer Zerplitterung keine Rede sein kann. Für die Zukunft der Sächsischen Zentrumspartei ist es jedoch von größter Bedeutung, daß wir eigene Kandidatenlisten aufstellen und daß jeder Zentrumsanhänger und jede Zentrumsanhängerin ihre Stimmen unseren eigenen Kandidatenlisten zuführen.

Die Verhältnisse werden immer verwickelter. In seiner bedeutenden Rede über den Völkerbund, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, sagt Erzberger, die Menschheit stehe wieder am Scheidewege. Das ist richtig. In ganz besonderem Maße aber gilt das für Deutschland. Die Unordnung wird immer größer. Gesetze, die heute gemacht werden, werden morgen umgestoßen. Vorgestern wurde verkündet, daß die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung am 2. Februar stattfinden würden. Gestern wurde beschlossen, daß sie zugleich mit den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden. Wahrscheinlich, eine trostlose Wirtschaft. Zudem erklären die Unabhängigen, daß sie diesen Beschluß nicht anerkennen. Es ist also noch ganz unklar, was wird. Jedenfalls aber müssen wir gerüstet sein. Es ist wirklich jetzt keine Kleinigkeit, die Vorbereitungen für die Wahlen zu treffen und es ist eine geradezu ungeheure Arbeitslast, die heute auf den Männern ruht, die an der Spitze der Partei stehen. Aber die Arbeit wird sicher dadurch erleichtert, daß sie vom Vertrauen der ganzen Zentrumswählerschaft getragen ist. Im ganzen deutschen Reiche wird das Zentrum seine Stimmen zählen, da wird und darf auch Sachsen nicht zurückstehen. Darum muß raslos weitergearbeitet werden für die erhabenen Grundsätze des Zentrums.

Erzberger über den Völkerbund.

W.B. Berlin, 27. Dezember. Auf Einladung der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin hielt Staatssekretär Erzberger in der Handelshochschule in Berlin einen Vortrag über den Völkerbund, in dem er u. a. ausführte:

Die Notwendigkeit des Völkerbundes ergibt sich aus dem Zusammenbruch des bisherigen internationalen politischen Systems, das ausschließlich auf Gewalt und Rivalität der Nationen beruhte. Gegenseitiges Mißtrauen beherrschte die internationale Lage. Das sittliche Prinzip war aus den Beziehungen der Völker ausgeschaltet. Die unerklärlichen Folgen davon sind Millionen von Toten, Millionen Verkrüppelte und Millionen Waisen. Milliardenwerte sind zertrümmert, Menschheitswerte zerstört. Aber die Folgen des Weltkrieges greifen noch tiefer. Der Krieg ist die Gefährlichkeit nach außen und hat ganz naturgemäß die Gefährlichkeit im Innern zur Folge. Der lange, alles zerstörende Krieg bereitete den Weltbolkschewismus vor. So stehen wir heute vor dem völligen Zusammenbruch dieser Gewaltanarchie. Ein neues System muß an ihre Stelle treten, das System des Rechts. Der Völkerbund ist nur die sinnentsprechende Übertragung der inneren Staatsordnung auf die äußere.

Das bisherige System bedurfte ungeheurer Mittel, um „gerüstet“ zu sein. Vor 15 Jahren schon betrug die Rüstungsausgaben der europäischen Völker 49 v. H. der Gesamtausgaben. Das Meer- und Marinewesen verschlang neunmal so viel Geld, wie der öffentliche Unterricht und 5mal so viel wie die Rechtspflege. Welche Summe der Weltkrieg gekostet hat, das kann heute noch niemand sagen. Ginge das alte System weiter, so müßten angesichts der technischen Verdolmähmung der Kriegsmaschine die einzelnen Völker Lasten tragen, die einfach nicht zu ertragen sind, von dem Menschenverbrauch gar nicht zu reden. Das zusammengebrochene preußisch-militaristische System und dessen Einfluß haben es freilich mit sich gebracht, daß das Bewußtsein von Recht und Gemeinschaftstradition in Deutschland ziemlich geschwunden ist. Aber wenn das neue Deutschland sich auf die uralten Grundgedanken befinnt und sie ganz in sich aufnimmt, wenn die Vereinigten Staaten von Deutschland aus der jetzigen Unmähigung hervorgehen, dann findet es im Völkerbund nur einen alten Bekannten seiner Vorfahren.

Der Völkerbund braucht nicht aus dem Nichts geschaffen zu werden. Vor dem Kriege bestand eine Art Zwedverband der Staaten, internationale Verträge, internationale-Bureaus, aber alle litten sie unter dem Fehler, daß es an verpflichtendem Zwang für die Staaten mangelte. Gegenüber dem alten Deutschland ist der Vorwurf nicht unbegründet, daß es dem Schiedsgerichtsgebanten durch Verneinung von dessen allgemeiner Durchführbarkeit schwer geschadet hat. Dieser Gedanke muß jetzt ganz und uneingeschränkt angenommen werden. Die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ist der Dreh- und Angelpunkt des ganzen Völkerbundes.

Die zweite Voraussetzung ist die Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung bedingen sich gegenseitig. Das Schiedsgericht läßt auf den Gewaltakt verzichten. Es war ein leichtsinniges Wort: si vis pacem para bellum. Mit der Aufhebung der Dienstpflicht ist die wesentlichste Bedingung der Abrüstung erfüllt. Wood George hat für England den Abbau der Wehrpflicht bereits in Aussicht gestellt, dasselbe wird Amerika tun. Frankreich kann sich diesem Vorgehen nicht entziehen. Rußland hat die Wehrpflicht bereits abgeschafft. Die Freiheit der Meere ist ein Teil der Freiheit des Weltverkehrs, sie liegt schon im Begriff der Abrüstung.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung zum Völkerbund ist die Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Beziehung. Zweck und Ziel des Völkerbundes sind weiter die internationale Regelung des Arbeiterschutzes, des Arbeiterrechtes und der Arbeiterversicherung. Auf diesem Gebiete darf Deutschland für sich in Anspruch nehmen, daß es Wegweiser geworden ist. Der Völkerbund hat in den Kreis seiner Aufgaben auch eine Verständigung über die afrikanischen Kolonien einzubeziehen. Der Anschluß Deutschlands vom Kolonialbesitz wäre eine kulturelle Ungerechtigkeit.

Staatssekretär Erzberger ging sodann auf die Zweifel an der Möglichkeit der Verwirklichung des Völkerbundsgebanten ein, die durch das Verhalten des Verbandes, insbesondere in der esak-ly-

ringischen, der tschechischen und der polnischen Frage hervorgerufen wurde, und betonte: Die Bevölkerung von Esak-ly-Rothringen muß selbst entscheiden über ihr politisches Schicksal. Treibt Frankreich Gewaltpolitik gegenüber diesem urdeutschen Volke und Lande, so muß die Welt heute schon wissen, daß der Völkerbund den Todeskeim in sich tragen würde. Bezüglich Polens hat Deutschland den unabhängigen polnischen Staat nach den Wilsonschen Punkten angenommen. Wilson hat den Weg vorgezeichnet, auf Grund dessen die Polen einen Zugang zur See bekommen können, ohne zu einer brutalen, durch nichts berechtigten und auch von Wilson abgelehnten Anzexion zu greifen. Wenn die Welt glauben sollte, das wehrlose Deutschland könne jetzt gerüstet werden, so mag vorübergehend angesichts unserer Machtlosigkeit der Siegesrausch sich befriedigen, auf die Dauer aber nicht. Nur neue Kriege würden die Folge sein. Glaubt man, daß man einen dauerhaften Zustand und dauernde Ruhe in Europa erreichen würde, wenn Deutschland zerfleischt am Boden liegt? Ein national zerrissenes und geteiltes Deutschland ist die größte Gefahr für den Völkerbund, das deutsche Volk, geeint und geschlossen aber die beste Bürgschaft für die Haltbarkeit des Völkerbundes. Präsident Wilson hat die Wahrheit dieses Satzes anerkannt.

Dem Völkerbund droht aber noch eine zweite große Gefahr: die Regelung des Schadenersatzes. Französische und englische Blätter überbieten sich in märchenhaften Forderungen, die sie an das deutsche Volk, sein Zahlungsvermögen und seine Arbeitskraft stellen. Mehrere hundert Milliarden Mark werden als Minimum des Schadenersatzes angekündigt. Der Staatssekretär wies sodann durch Anführung der in Frage kommenden Stellen aus den verschiedenen Grundgebungen Wilsons nach, daß über die Frage der Entschädigung, die lediglich in einer Wiedergutmachung des von Deutschland angerichteten Kriegschadens bestehe, bereits eine grundsätzliche Einigung mit dem Verband erzielt sei.

Präsident Wilson ist also der Auslegung, welche die Verbündeten der Schadenersatzfrage gegeben haben, beigetreten, nicht aber der Auslegung, welche die Verbündeten über die Freiheit der Meere wünschen. Diese Auslegung ist immer noch offen. Endgültig abgeschlossen aber ist die Frage des Schadenersatzes. An diesem festen Abkommen zwischen Deutschland, Wilson und den Verbündeten kann niemand mehr rütteln. Präsident ist auch nicht nach Europa gekommen, um die Frage des Schadenersatzes zu regeln, sondern, wie er in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1918 deutlich sagt, um dafür zu sorgen, daß man seine Ideale nicht falsch auslege und daß man sein Möglichstes tue zu ihrer Verwirklichung. Danach ergeben sich folgende Sätze:

1. Es besteht völlige Übereinstimmung zwischen Deutschland und sämtlichen Verbündeten über die Frage der Kriegsschäden im weitesten Sinne des Wortes.
2. Die unmittelbaren Kriegskosten, die jede Nation angegeben hat, sind von ihr selbst zu tragen.
3. Alle anderen Kriegsschäden, soweit sie nicht ausdrücklich in dem erwähnten Notenwechsel aufgezählt sind, deckt gleichfalls jedes Land für sich selbst.
4. Deutschland ist zum Schadenersatz verpflichtet für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich.
5. Deutschland hat alle Schäden, die es durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft in diesen besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihrem Eigentum zugefügt hat, zu ersetzen.
6. Die Frage, wie dieser Ersatz zu leisten ist, wird durch die Friedensverhandlungen geregelt. Es darf aber als feststehend angesehen werden, daß unsere Kriegsgefangenen zur Leistung dieses Schadenersatzes nicht verpflichtet werden können, da in dem Waffenstillstandsabkommen von den Verbündeten bereits zugesagt worden ist, daß die Frage der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen beim Präliminarfrieden geregelt werden wird.

Zu mehr hat Deutschland sich nicht verpflichtet, mehr kann ihm auch nicht auferlegt werden. Deutschlands Ausplünderung macht den Völkerbund unmöglich, liegt auch nicht im Interesse des Verbandes. Eine Kuh ohne Futter gibt keine Milch! Deutschland hat aber die Waffenstillstandsbedingungen auch nur unter der Voraussetzung dieser Beschränkung der Schadenersatzpflicht angenommen. Der Verband hat dem an Wilson gerichteten Memorandum zugestimmt. Die Gründung des Völkerbundes kann und darf nicht mit einem Wortbruch eingeleitet werden. Der Staatssekretär schließt: Das Volk muß aus

Katholiken! Morgen 11 Uhr Zirkus Sarrasani! Erscheint in Massen!

der Betäubung der Niederlage zu neuem politischen Leben erweckt werden. Mit Sinn und Herz, Verstand und Willen müssen wir uns eingliedern in die weltbewegenden Gedanken des Völkerbundes. Die Menschheit steht wieder am Scheidewege: Entweder der Völkerbund mit seinen neuen, ewig alten sittlichen Ideen oder über kurz oder lang neue Kriege mit dem Ruin der Welt. Die Wahl sollte nicht schwer fallen.

Das neue Verhältniswahlrecht als ungleiches Wahlrecht.

Von Dr. jur. Tacke (Wurzen).

Durch Verordnung vom 20. Dezember 1918 ist eine Reihe von Bestimmungen der Wahlordnung für die Nationalversammlungen abgeändert worden.

Man wird die Änderungen im allgemeinen gutheißen können, weil sie sich durch die Vorberlegung des Wahltages auf den 19. Januar notwendig machten. Was man aber nicht gutheißen kann, sondern als eine grobe Ungerechtigkeit bezeichnen muß, ist die Tatsache, daß § 9 der Wahlordnung unverändert geblieben ist. Dieser bestimmt, daß jeder Stimmbezirk durchschnittlich 2500, höchstens aber 3500 Einwohner umfassen soll.

Diese Bestimmung hat gewiß einen sehr vernünftigen Sinn in Städten und denjenigen Gemeinden, welche, ohne Stadtrecht zu haben, eine noch Tausenden zählende Einwohnerzahl haben. Die Bestimmung bedeutet dagegen ein himmelschreiendes Unrecht gegenüber den Landbewohnern. Die meisten Dörfer pflegen nur ein paar hundert Einwohner zu haben. Es wird daher, wenn nicht diese ungerechte Bestimmung des § 9 noch schleunigst geändert wird, gar nichts anderes übrig bleiben, als 4-8, in schwachbevölkerten Gegenden auch 10, 12 und noch mehr Dörfer zu einem einzigen Stimmbezirk zu vereinigen, damit die Einwohnerzahl des Stimmbezirks auf 2500ähler gebracht wird. Für diese ganze Reihe von Dörfern wird es nur ein einziges Wahlrecht geben, so daß also die Bewohner des flachen Landes vielfach stundenweit werden laufen müssen, um ihr Wahlrecht auszuüben, und das jetzt im tiefsten Winter, am 19. Januar, wo mit den größten Unbilden des Winters gerechnet werden muß.

Es ist ganz klar, daß diese Bestimmung ein Faustschlag in das Gesicht des zumeist nicht sozialistisch gesinnten ländlichen Volksteils ist. Es ist einer der Pferdefüße der Wahlordnung und ein unangenehmes Mittelchen zur Verfälschung der Volkmeinung. Wir verlangen daher energisch, daß diese Bestimmung sofort geändert und durch die Bestimmung ersetzt wird: In Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 11. Dezember 1910 mehr als 3500 Einwohner haben, sind mehrere Stimmbezirke zu bilden, die durchschnittlich 2500 bis höchstens 3500 Einwohner umfassen sollen.

Die Wahlordnung hat übrigens auch noch andere Pferdefüße. Hier ist namentlich hinzuweisen auf § 6 des Wahlgesezes und die Abgrenzung der Wahlkreise. Bekanntlich soll auf je 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen. Ein Wahlkreis erhält also so viel Abgeordnete, als die Einwohnerzahl geteilt durch 150 000 ausmacht. Wenn dabei nun Reste bleiben, und das ist immer der Fall, so kommt es auf die Größe dieses Restes an. Beträgt der Rest bis zu 75 000, so bleibt er unberücksichtigt, beträgt er über 75 000, so wird er für voll gerechnet und verschafft einem Abgeordneten mehr.

Man kann nun die Beobachtung machen, daß auffällig häufig in Gegenden, die sozialistisch zu wählen gewohnt sind, diese Restzahl von 75 000 um ein geringes überschritten wird, während man andererseits ebenso häufig beobachtet, daß in Gegenden, die bürgerliche Kandidaten zu wählen pflegten, die Wahlkreise so eingeteilt sind, daß der überrückende Rest der Einwohner unter 75 000 bleibt. Vergleiche z. B. einerseits die Wahlkreise 12, 16, 28, 29 und 34 mit den Wahlkreisen 2, 7, 24, 26 und 33.

So harmlos die Bestimmung des § 6 des Gesezes auch sein mag, so ist sie dennoch in Verbindung mit der Wahlkreiseinteilung ein Mittel, um der Sozialdemokratie ein Uebergewicht zu sichern auf Kosten der anderen Parteien. Und diese Ungleichheit vollzieht sich unter dem sozialistischen Motto: Gleiches Recht für alle!

Deutsches Reich

Wilson und die Berliner Vorgänge.

Genf, 27. Dezember. „Journal des Débats“ meldet, Präsident Wilson hat den amerikanischen Gesandten in der Schweiz um einen eingehenden Bericht über die Vorgänge in Berlin aufgefordert, denen der Präsident größte Bedeutung für die ganze Friedensfrage beilege. Bestätigt es sich, daß die deutsche Regierung offiziell eine Matrosenregierung in Berlin anerkenne, so müsse die Verhandlungsfähigkeit derjenigen Faktoren in Berlin, die sich für die deutsche Regierung ausgeben, nachgeprüft werden.

Genf, 27. Dezember. Der „Temps“ meldet: Die blutigen Vorgänge in Berlin bestätigen Frankreichs Stellungnahme bei den Alliierten, daß die jetzige deutsche Regierung, deren Dasein jeden Tag durch neue Anarchie zu Ende gehen könne, nicht verhandlungsfähig für Friedensbesprechungen irgendwelcher Art sei.

Neue Unruhen in Berlin zu erwarten.

Berlin, 27. Dezember. Es wird gemeldet, daß ein Teil der Matrosen mit dem Abkommen der jetzigen Regierung durchaus nicht einverstanden sei. Auch weitere Einzelheiten lassen es als zweifelsfrei erscheinen, daß die auf den Sturz der jetzigen Reichsregierung abzielenden Unruhebewegungen beim Begräbnis der Opfer der Kämpfe des

24. Dezember von neuem zum Ausbruch kommen werden. die Entsetzung der an den Kämpfen beteiligt gewesenen regierungstreuen Truppenformationen aus Berlin ist bereits durchgeführt. In Spartakusversammlungen der Feiertage wurde mitgeteilt, daß der Matrosenputsch gegen die Regierung Ebert-Daake nur ein Vorpiel größerer Ereignisse sei. Das Fehlschlagen liege an der nicht genügenden Aufklärung der zurückgekehrten Fronttruppen. Man werde das Verhängnis nachholen und in nächster Zeit zum Endkampf schreiten. Im übrigen werden nunmehr die Toten der letzten Kämpfe am Schloßplatz mit 69, die der Vertreibungen mit 122 bekanntgegeben.

Berlin, 27. Dezember. Die Unabhängige sozialistische Partei hat es abgelehnt, der Forderung der Spartakusleute nach Einberufung des Parteitagess Folge zu leisten. Es ist daher mit Sicherheit zu erwarten, daß nunmehr die formelle Trennung zwischen Unabhängigen und Spartakusbund, der bisher den äußersten linken Flügel der Unabhängigen bildete, eintreten wird.

Der Zustand des Schlosses in Berlin.

Berlin, 27. Dezember. Ueber den Zustand der Räume im Berliner Schloß, die der Einwirkung der Beschießung am 24. Dezember ausgegesetzt waren, schreibt die „Post. Ztg.“ u. a.: Wie in den vorhergehenden Wochen stehen jetzt wieder Matrosen vor dem Schloß und halten alle Eingänge besetzt. Ueber die große Marmortreppe gelangt man in das japanische Zimmer, wo der Kaiser früher zu arbeiten pflegte. In dem Erker steht noch das Maschinengewehr, mit dem die Matrosen die Burgstraße unter Feuer hielten und das Aufmärsche von Artillerie dort verhinderten. Das daneben gelegene Adjutantenzimmer hat weniger gelitten. Die zahlreichen Bildstücken sind unversehrt. Schwer verwüstet ist dagegen der über dem Portal 4 gelegene Weiserzsaal. Eine Granate ist durch die marmorverkleidete Rückwand hindurchgegangen und in die Mauer des Hofes gefahren. Der Tronssaal, ebenso wie der Jochimsaal der ehemaligen Bildergalerie sind fast noch unversehrt. Der lange schmale Speisesaal war während des Kampfes in einen Verbandsraum umgewandelt worden. Noch sieht man dort die Schälfein und Kannen mit Wasser, die blutigen Verbandstoffe und unter dem Fenster liegt die Leiche eines Matrosen, der bereits am Montagabend bei den Kämpfen getötet worden war. Die Privatzimmer des Kaisers sind vom Finanzministerium geschlossen worden. In einer kleinen Vorhalle des zweiten Hofes liegen noch fünf tote Matrosen.

Ueber eine Viertelmillion Arbeitslose in Berlin.

Berlin, 27. Dezember. In Groß-Berlin wurden am ersten Feiertag von den 19 größten Arbeitsnachweisen 110 000 Arbeitslose vorgemerkt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin ist mit über 250 000 bis 300 000 anzunehmen.

Liebkecht und die russischen Bolschewiki.

Berlin, 26. Dezember. Die russische Presse bringt eine Rede Bucharins auf dem allrussischen Kongreß der Arbeiterinnen in Petersburg, in der er einen Heberblick über die deutsche Revolution gab. Interessant ist hierbei die Darstellung, die er von der Tätigkeit Liebkechts gibt: „Liebkecht und seine bolschewistische Spartakusgruppe hat unsere bolschewistische Taktik angenommen und geht mit uns Hand in Hand. Ich werde den Augenblick nicht verpassen, als Liebkecht zu uns in das Gebäude der russischen Postkassette kam. Die Regierung hatte, um Liebkecht die Flügel zu beschneiden und seine unangenehme Tätigkeit in den Fabriken usw. lahmzulegen, zu einer List gegriffen und ihm vorgeschlagen, in den Volksguard einzutreten. Liebkecht kam nun ganz fruchtbar aufgeregt zu uns und fragte, was er tun solle. Wir beschloßen gemeinsam, daß Liebkecht in die Regierung nur dann eintreten sollte, wenn diese folgende von uns aufgestellten Forderungen betrete: Auseinandertreibung des Reichstags, Terror gegen die Bourgeoisie und die Offiziere, wenn sie gegen uns auftreten würden.“

Die letzten deutschen Truppen aus Finnland zurück.

Die letzten Dampfer aus Finnland sind an der deutschen Küste angekommen. Damit ist der Abtransport unserer Truppen aus Finnland beendet.

Der Kaiser soll Holland verlassen?

Basel, 27. Dezember. Wie aus Rotterdam gemeldet wird, ist der Ausstand der holländischen Hafnarbeiter für Anfang Januar angekündigt, falls bis dahin der deutsche Kaiser Holland nicht verlassen habe.

Die Entente und die Wahlen zur Nationalversammlung.

Genf, 27. Dezember. „Journal de Débats“ meldet aus Straßburg: Die Vornahme von Wahlen zur deutschen Nationalversammlung wurden im Elß durch den französischen Militärgouverneur untersagt.

Mitteilungen der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 27. Dezember. In der Sitzung der internationalen Waffenstillstandskommission vom 25. d. M. ist eine Reihe von Noten über die folgenden Gegenstände gewechselt worden: Die Befehle des Marschalls Foch, das deutsche Eisenbahnpersonal würdig zu behandeln, werden von den untergeordneten Organen immer noch nicht befolgt. Wiederholt ereigneten sich Ausschreitungen entwürdigender Art gegen das deutsche Eisenbahnpersonal, so daß trotz der von deutscher Seite bewilligten hohen Zulagen das deutsche Personal sich weigert, nach Frankreich und Belgien zu gehen. Für den Fall, daß infolge

Mangels an Lokomotivpersonal die Ablieferung der Lokomotiven und der Abtransport der Eisenbahnwagen sich nicht rechtzeitig ermöglichen läßt, lehnt die deutsche Regierung jede Verantwortung ab. Es wird von deutscher Seite wiederholt gebeten, die Abgabe freizugeben, die Sperrung der Brückenköpfe und auf verschiedenen Bahnlängen und Bahnhöfen zu beseitigen, um die Abbeförderung des nicht abgenommenen Eisenbahnmateri als und die Zuführung der aus Deutschland anrollenden Lokomotiven und Wagen zu ermöglichen.

Trotz des Ersuchens der deutschen Delegierten, die für den Unterhalt der verbündeten Besatzungstruppen nötigen Geldmittel rechtzeitig einzufordern, sind die am 26. Dezember in Mainz zur Zahl fälligen 6 Millionen Mark erst am 24. Dezember bei der Waffenstillstandskommission angefordert worden. Infolge der Weihnachtsfeierlage konnte keinerlei Gewähr übernommen werden, daß die Zahlung in Mainz rechtzeitig erfolgt. Zahlungen sollten künftighin mindestens 14 Tage vorher angemeldet und nur an Werktagen durchgeführt werden.

Berlin, 27. Dezember. Die Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Am 23. d. Mts. erschien überraschend in Mannheim ein, also in der neutralen Zone, ein französischer Major als Abgesandter des Generals Gerard und teilte mit, am 24. Dezember würden 5000 Franzosen in Mannheim einrücken, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das deutsche Bataillon, das in Mannheim lag, habe bis 2 Uhr nachmittags die Stadt zu verlassen. Deutscher Protest half nichts. Auf dem Wege über die Waffenstillstandskommission wurde daher versucht, Aufklärung herbeizuführen. Hierbei stellte sich heraus, daß die Franzosen geglaubt hatten, infolge von Beschlüssen des Mannheimer Soldatenrates seien Unruhen entstanden. Die Franzosen wollten dies nicht dulden und glaubten daher, schleunigst die Polizei in Mannheim übernehmen zu sollen. Blickliche zweife konnte von der Waffenstillstandskommission den Franzosen mitgeteilt werden, daß in Mannheim alles in Ordnung sei und daß das Vorhandensein der deutschen Polizeitruppe auch weiterhin die Ordnung verbürge. Immerhin lag dem, was die Franzosen gehört hatten, doch ein wirklicher Vorfall zugrunde. Der Mannheimer Soldatenrat hatte nämlich unbegrifflicher Weise den Beschluß gefaßt, das deutsche Bataillon in Mannheim zu entwaffnen. Die Durchführung des völlig unbegründeten Entschlusses wurde jedoch durch das Dazwischentreten der bairischen Regierung vereitelt. Für andere Städte in ähnlicher Lage mag der Vorfall als Warnung dienen und sie von voreiligen Beschlüssen fernhalten. Das Verhalten der Franzosen auch in diesem Falle beweist, daß sie nicht beachtlichen, die Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone anzuerkennen.

Straßenkämpfe in Posen.

Berlin, 28. Dezember. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erhält die Nachricht, daß in Posen gestern nachmittags Straßenkämpfe zwischen Deutschen und Polen ausgebrochen waren, die bis in die Abendstunden noch fortauerten. Weitere Nachrichten über die Vorgänge, besonders darüber, von welcher Seite der Anstoß gegeben worden ist, fehlen noch. Man muß sich dabei aber wohl vor Augen halten, daß der provozierende Einzug Paderevskis in einem vier-spännigen Wagen unter der offensichtlich vorbereiteten Teilnahme der polnisch sprechenden Bevölkerung die schon bestehende Siedehitze ins Unerträgliche gesteigert hat.

Der Streik in Oberschlesien.

W. B. Deuthen, 27. Dezember. Der ober-schlesische Bergarbeiterstreik ist erneut im Aufleben. Bei der heutigen Frühsschicht fehlten die Belegschaften der „Friedrich-Wunsch“-Grube, „Ludwig-Gluck-Abwehr“-Grube, „Castelengo“-Grube und der Schlesi-schen Grube vollständig.

Berlin, 27. Dezember. Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt mit, daß in der vergangenen Nacht ein Anschlag gegen die persönliche Sicherheit ihres Redaktionsmitgliedes Grafen Reventlow verübt wurde. Der Anschlag scheiterte.

Die sächsischen Nationalwahlen am 19. Januar.

Landesversammlung der A. und S. Mite.

In Sitzungsaal der ehemaligen Kaiser-Königin fand gestern Freitag, eine sächsische Landesversammlung der A. und S. Mite statt. Unter der Vorsitzenden von Gen. Seeger-Uppig An dem Tagesordnungsgegenstande: 1. Wahl genommen die Vollbeauftragten Dr. Schwaner, Schwarz, Bad, Fleischer, Altmann und Geper. Der Eintritt in die sehr umfangreiche Tagesordnung nahm der Volksbeauftragte Lipinski das Wort zu längeren Darlegungen. Der Redner ging zunächst auf die Beziehungen Sachsens zu den Tschechoslawen ein und nahm hierbei Bezug auf seine Rede vom 3. Dez. in der er der Bestreitung Ausdruck gegeben hatte, daß die nationalen Gegensätze in Ostereich einen Zusammenhang der deutschen Gebiete mit unserem Reich als traglich erscheinen ließen. Diese Rede sei so ausgesetzt worden, als ob die sächsische Regierung gegen einen Anschlag von Deutsch-Ostereich an Deutschland wäre. Dagegen müsse er aber erklären, daß die sächsische Regierung einen solchen Anschlag begrüßen würde. In neuerer Zeit sei eine starke Agitation gegen den tschechoslawischen Staat getrieben worden, um man habe der

Regierung nahegelegt, sich in den Streit einzumischen. Sie habe dies aber abgelehnt. Die sächsische Regierung werde erst eingreifen, wenn spezielle sächsische Fragen vorliegt würden. Das sei aber nicht der Fall. Die sich Österreich mit den Tschechen auseinandersetzen, sei eine innere Angelegenheit Österreichs. Nicht die Sprache allein könne maßgebend für einen Anschluß sein, sondern in erster Linie das Verlangen des Volkes. Jene, welche Gewaltmaßnahmen vorsehen nicht zu einer Vereinbarung führen und würden die schon angebotenen freundlichen Beziehungen nur fördern. Die Warenaustrichs sind bereits statt. In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sachsen und Österreich sei also die Krise zum Teil schon überwunden. Der Wunsch Sachsens, in Prag eine Gesandtschaft zu errichten, sei anerkannt worden. Ueber einen bevorstehenden Einmarsch der Tschechen in Sachsen seien die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet worden. Es sei wohl richtig, daß die Tschechen den Anschluß der Deutschböhmern an den tschechischen Staat verlangten, es liege jedoch nicht die geringste Verletzung irgendwelcher reichsdeutscher Interessen vor. Der Redner ging dann auf die Forderungen der Wenden ein. Von der Gründung eines selbständigen Staates für die 43 000 zerstreut wohnenden Wenden könne keine Rede sein. Auch sei die Zulassung eines eigenen Wendenvertreters zu der Friedenskonferenz nicht möglich. Wohin sollte man kommen, wenn man so kleinen Volkspolitern eine besondere Vertretung einräumen wollte. Der Redner besprach dann das Gesetz für die sächsische Nationalwahlen und die Gründe für die Einberufung einer besonderen sächsischen Volksvertretung, die den Namen „Sächsische Volkskammer für die Republik Sachsen“ führen werde. Diese könne wesentlich dazu beitragen, daß der deutsche Einheitsgedanke gefördert werde. Wie auch die Wahlen ausfallen würden, in keiner Weise sei zu befürchten, daß die Sozialdemokraten nicht die absolute Mehrheit erhielten.

Genosse Ritsche beantragte die Einsetzung eines neunköpfigen Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte zur Überwachung der Regierung und mit dem Rechte, die Volksbeauftragten zu berufen und abzuberufen. In der Aussprache äußerte Gen. Sindermann, man müsse doch ein wachames Auge für die Pläne der Wenden haben. Weiter trat der Redner für eine Zusammenlegung der Wahlen für die deutsche und sächsische Nationalversammlung ein. Gen. Caspau wies darauf hin, daß die Bestimmungen des Volksbeauftragten Lipinski mit den Vorschlägen in Chemnitz in Widerspruch ständen. In Chemnitz sei am ersten Wahlrechtstag die Alarmbereitschaft einer Anzahl Regimenter von Leipzig her verfügt worden, weil der Einmarsch tschechischer Truppen zu befürchten sei. Es müsse doch zum mindesten im Behördeorganismus etwas nicht stimmen, wenn solche sich entgegenstehenden Dinge in die Welt gesetzt würden. Volksbeauftragter Lipinski nahm ausfüßlich Stellung zu den erhobenen Vorwürfen. Nach Vernunftgründen komme ein tschechisch-slawischer Angriff nicht in Frage, aber infolge der durch die Presse hervorgerufenen Verunsicherung habe er sich für vorsichtiger gehalten, Maßnahmen zur Vorbeugung zu veranlassen. Der Beschluß, die Wahlen am 2. Februar vorzunehmen, sei einstimmig gefaßt worden, nur Gen. Fleischer habe sich der Stimme enthalten. Gen. Caspau stellte den Antrag, sofort zu beschließen, daß die Veröffentlichung der Bestimmungen über die sächsische Nationalversammlung so lange ausgesetzt werde, bis die heutige Versammlung darüber Beschluß gefaßt habe. Somit könnte sich die Regierung wieder blamieren, daß sie ein Gesetz zurücknehmen müsse. Volksbeauftragter Lipinski erklärte hierzu, daß das Gesetz heute in Kraft trete und daß er der Landesversammlung nur davon Mitteilung machen könne. (Vehementer Widerspruch) Darauf kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Dr. Gradnauer und Lipinski. Der erstere behauptete, daß beabsichtigt sei, die Verordnung zu veröffentlichen, ohne den Mitgliedern der Regierung und dem Landestat nochmals Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Volksbeauftragter Lipinski erklärte, daß das Gesetz am Montag fixiert und ihm Vollmacht gegeben worden sei, es zu erlassen. Das Verhalten Gradnauers sei außerordentlich loyal. Volksbeauftragter Dr. Gradnauer wies die heftigen Beschimpfungen Lipinski zurück, während Volksbeauftragter Fleischer den Standpunkt Lipinski vertrat. Volksbeauftragter Geyer wandte sich gegen Dr. Gradnauer, dessen heutige Äußerungen mit seiner Stellungnahme im Gesamtministerium im Widerspruch stehe. Das sei nicht das erste Mal. Der Antrag Caspau gebe dem Landestat ein Recht, das er bis jetzt noch nicht besessen habe. (Vehementer Widerspruch) Gen. Keuring: Die gegenwärtige Regierung verfolge das Ziel, nur liquidieren solle. Man müsse aus der jetzigen Diktatur recht bald herauskommen. Mit einer solchen Handlungsweise der Regierung dürfe der Landestat unter keinen Umständen einverstanden sein. Die Mehrheitssozialisten wollten zusammenarbeiten und nicht provozieren. (Geyer: Das glaube ich nicht!) Die Verhandlungen wurden darauf auf eine halbe Stunde vertagt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Der Antrag, der die sächsische Nationalwahlen für den 19. Januar fordert, wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen, ebenso der Antrag Ritsche, einen Zentralrat einzusetzen. Gen. Geyer erklärte namens der Unabhängigen, daß diese die Beschlüsse nicht als rechtmäßig ansähen. Sie würden sich an den Wahlen zum Zentralrat nicht beteiligen. Die Versammlung beschloß die Einberufung der sächsischen Nationalversammlung acht Tage nach Feststellung des Wahlergebnisses.

Die Wahlbewegung in Sachsen.

Chemnitz, Zentrumverein. Am Montag, den 30. Dez. abends 8 Uhr Versammlung im Saale der

„Die Jahreszeiten“, Waisente. Sprech: wird Herr Rechtsanwalt Dr. Gille Dresden über „Religion und Politik“. Im 2. Teil Beledigung wichtiger Vereinsangelegenheiten. Größtlich gekannte Männer und Frauen mitbringen. Vornehmlich folgt, die wichtigste sind.

Aus Stadt und Land

Dresden, 28. Dezember 1918.

→ Sächsische Zentrumspartei: Wahlkreis Ostachsen. Eine wichtige Wahlerversammlung findet Montag abends 1/8 Uhr im Gefellenhause in Dresden statt.

→ Von der illustrierten Beilage liegt heute Nr. 48 bei.

→ Die Sächs. Landesgruppe der allgemeinen evang.-luth. Konferenz hat unter Zustimmung von dem vom Arbeitsausschuß der Konferenz am 26. November aufgestellten Richtlinien folgenden Beschluß gefaßt: Auf bei einer wesentlichen Veränderung des Verhältnisses von Staat und Kirche ist der Sächs. Landesrat eine öffentlich rechtlich: Stellung zu wahren; ebenso ein jährlicher Zuschuß des Staates, dessen bisherige Leistungen, abgesehen von wohlbegründeten Rücksichten des allgemeinen Volkes, auch auf besonders schweren Rechtsständen bezogen. Wie sich und den Seinigen den hohen Kulturwert einer ihren Aufgaben auch nur einigermaßen gewachsenen Religionsgemeinschaft erhalten will, muß auch vom Boden der neuen politischen und sozialen Ordnung aus, auf alle Fälle entschlossensten Widerspruch dagegen erheben, daß die Trennung von der Kirche durch einen Rechtspruch herbeigeführt werde ohne Nationalversammlung, ohne Berufung über den Religionsunterricht und ohne eine mehrjährige Ueberlegungszeit. Ein neuer Recht und Willkür auch unter Beilegung des sozialdemokratischen Parteiprogramms in dieser Zeit unternehmener neuer „Kulturkampf“ würde bei evangelischen wie katholischen Volkstreffen allgemeinen entschlossenen Widerstand finden.

→ Vom Kultusministerium. Wie verlautet, hat Kultusminister Bud aus den vom Sächsischen Lehrerverein vorgeschlagenen drei Personen für den Posten eines schulechnischen Hilfsarbeiters im Kultusministerium den Volksschullehrer Hängschel ausgewählt. Er wird sein Amt Anfang Januar 1919 antreten.

→ Jugendinschränkungen. Die seit 24. Dezember eingezogenen Jüge, deren Nichtabfuhr nur bis zum 27. Dezember in Aussicht genommen war, fallen weiter aus.

→ Zusammenschluß der Beamten und Lehrer. Nachdem sich fast sämtliche Verbände der deutschen Beamten und Lehrer mit nahezu zwei Millionen Mitgliedern in Berlin zum Deutschen Beamtenbunde zusammengeschlossen haben, ist am 22. Dezember in Dresden eine Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes gebildet worden. Es werden Ortsausschüsse und Kreis- und Bezirksverbände der Ortsvereine in Sachsen gebildet werden. Die Landesgruppe umschließt in Sachsen nahezu 150 000 Beamte und Lehrer. Vorsitzender ist Ministerialsekretär Georg Schulze, Hellerau bei Dresden. Beim Gröbchen 1. Zweig der Landesgruppe des Deutschen Beamtenbundes einerseits und den drei Arbeitsgemeinschaften der kaufmännischen, technischen und weiblichen Angestellten andererseits sind Verhandlungen eingeleitet, die eine Verbindung zwecks gemeinsamen Vorgehens der Verbände der öffentlichen Beamten und Lehrer und der Privatangestelltenverbände zum Ziele haben und die vor dem Abchlusse stehen.

→ Beseitigung der selbständigen Gutsbezirke. Ein Privilegium des Großgrundbesitzes, das noch mit den alten Adelsvorrechten zusammenhängt, soll nunmehr aufgehoben werden. Es wird darüber folgendes mitgeteilt: „Die Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke wird durch eine Verordnung des Gesamtministeriums, die Gesetzeskraft hat, erfolgen. Mit Rücksicht darauf, daß Auseinandersetzungen zwischen den Gemeinden und den Gutsbezirken über Armen-, Kirchen-, Schul- und Begebenlasten sowie Polizei stattfinden müssen, ist gemäß § 79 Abs. 2 der Landgemeindeordnung der Weg der freien Vereinbarung gewählt worden. Bei den Verhandlungen hat die Aufsichtsbehörde mitzuwirken. Kommt es bis Ende des Jahres 1919 zu keiner Uebereinstimmung der Beteiligten über die Ausgleichsbedingungen oder über die Vereinigung selbst, so wird die zwangweise Vereinigung herbeigeführt. Es kommen insgesamt 166 Freigüter und 192 Rittergüter in Betracht. Nach Durchführung der Vereinigung wird für Sachsen erreicht sein, was in anderen Ländern und deutschen Landes- teilen längst durchgeführt ist. Die Ordnung der Freigüter und staatlichen Forstwirtschaften bleibt besonderer Regelung vorbehalten.“

Schirgiswalde. Um den heimgekehrten Kriegern Gelegenheit zu geben, das Solal und den Gesang unserer Kinder sehen und hören zu können, wird am 1. Januar nochmals „Naglers Dorfheimat“ aufgeführt. Vorverkauf bei Mannheim.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

§ Dresden. Rath. Kasino. Nach längerer durch die Zeitverhältnisse bedingter Pause bezieht der Verein seine Veranstaltungen wieder mit der Weihnachtsfeier am 29. Dezember (s. Anzeige). Durch die bereitwillige Mitarbeit zahlreicher Damen und Herren wird es dem Vorstand möglich, die Vereinsabend anregend und unterhaltend wie stets zu gestalten. Der 19. Januar bringt die Hauptversammlung mit Vortrag, der 26. Januar das 49. Stiftungsfest. Unsere Mitglieder werden zu zahlreich-

Her Teilnahme an allen Veranstaltungen gebeten. Anmeldungen zum Verein nimmt jederzeit entgegen Director Rich. Dänneberg, Rönnerstraße 35, I. D.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Gelein, für den Inseratenteil: Edwin Schön. Druck und Verlag der „Saxonia“-Buchdruckerei G. m. b. H. zu Dresden.

M. Wendt, Struvestr. 7
Hoff. Inh. Th. Berg.
Große Auswahl in Neujahrskarten.

Pension Ilm, Dresden
Sidonienstr. 5/7 (Prager Str.) am Hauptbahnhof
Vornehmes Familienheim und Privathotel
auch tageweise mit oder ohne Bespeisung
Neues Küche, Heizung, Zimmer u. Pension 12 Mk.
Günstige Bedingungen f. läng. Aufenthalt. — Fahrstuhl.
Deutscher Offiziersverein, Farspr. 13 093. E. Gallien

Wochenplan der Theater in Dresden
vom 29. Dezember bis mit 6. Januar.

Opernhaus. Sonntag: Carmen (1/8). Montag: Freischütz (7). Dienstag: Händel und Gettel (1/8). Mittwoch: Tritan und Hölde (8). Donnerstag: Die verkaufte Braut (7). Freitag: Launhauler (6). Sonnabend: Aida (1/8). Sonntag: Theophrast (7). Montag: Der Zigeunerbaron (7).

Schauspielhaus. Sonntag: Der Schützengraben (1/8). Montag: Phäonie auf Tauris (8). Dienstag: Robert und Bertram (7). Mittwoch: Der Schatzgräber (1/8). Donnerstag: Die verlorenen Löhner (7). Freitag: Der Schöpfer (7). Sonnabend: Ein Wintermärchen (7). Sonntag: Der Schatzgräber (1/8). Montag: Der Schützengraben (1/8). Dienstag: Phäonie auf Tauris (8).

Reichens-Theater. Sonntag: Der Finkenmichel (1/4). Die Fiebermaus (1/8). Montag: Der Finkenmichel (1/4). Ein Walzertraum (1/8). Dienstag: Der Finkenmichel (1/8). Die Fiebermaus (7). Mittwoch: Der Finkenmichel (1/4) und (1/4). Drei alte Schachteln (1/8). Donnerstag: Der Finkenmichel (1/4). Die Fiebermaus (1/8). Freitag: Der Finkenmichel (1/4). Ein Walzertraum (1/8). Sonnabend: Der Finkenmichel (1/4). Die Fiebermaus (1/8). Sonntag: Der Finkenmichel (1/4) und (1/4). Ein Walzertraum (1/8).

Schirgiswalde „Erbgericht“.
Große Kinderaufführung
Auf vielseitigen Wunsch
„Dorfheimat“
Von Franziskus Nagler.
Einlaß 1/5 Uhr Anfang 1/6 Uhr

Dresdener Lehranstalt für Musik
Direktor: Organist Paul Walde
Forschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus
Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) : Aufnahme von Einzelschülern und Vorschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. a. w. Theorie, Zusammenpiel, Musikwissenschaftliche Vorträge, Komposition-Abende, Schüler-Vortragsabende und öffentl. Aufführungen : Eintritt jederzeit : Anmelde. wochentags 8-7 Uhr

Myrians halla theater!
Regist. 14380
Lage: Schirgiswalde, Markt 6
Nacht: 4 Uhr kl. Preise. Kind. Hbf. 1/2. Damen 1/2
Karl W. 1918

Kathol. Bürgerverein Dresden.
Unsere Mitglieder werden hierdurch nochmals zu der morgigen Sonntag vorm. 11 Uhr im Circus Sarasanistatfindenden **Profesversammlung** eingeladen.
Der Vorstand.

Sohn ordentlicher Eltern sucht Diener
Lehrstelle als Fleischer.
Nicht an das kath. Pfarramt Anuaberg i. G.

Wer diese Anzeige bei der Aufnahme abgibt, erh. 12 Rabinnett 1 Person von 6.50 an.
Broschen und Anhänger, Schlipsnadeln mit Bild, Servietten nach alten verbliebenen Bildern. Postkarten mit Photographie.
Berggrößen, Spezialität: Kinderaufnahmen
Richard Jähmig, Photograph.
Dresden-N., Marienstr. 12.

Frau **Vina Zähne** (Firma: Sächs. Coriet-Industrie).
Korsett-Spezialistin
für Damen der Dresdner Gesellschaft zur Anfertigung nach Maß und Probe.
Frauenrath sehr empfohlen
!! Verarbeitung von mit-!! gebrachten Stoffen
Reparaturen schnell und billig
Ludwig-Richter-Str. 15, 1. u. 2. Boden.
Edle Reihigerstr., Str.-B. 2, 29
Fernruf 20924



Der schwere Krieg hat auch sein Opfer von uns verlangt. Unser jüngster, guter, braver Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, unser aller Sonnenschein

Franz Xaver Frötschner

Gefreiter der 8. Fuhrpark-Kolonne 604, Inhaber des Eis. Kreuzes I. u. II. Klasse und der Friedrich-August-Medaille

verschied am 11. 12. 1918 abends infolge des strengsten Rückmarsches an Lungenentzündung im Feldlazarett in W. rtheim in Baden auf dem Wege zur Heimat. Nach erfolgter Ueberführung haben wir ihn am 1. Weihnachtsfesttag zur ewigen Ruhe gebettet. Dieses unsern lieben Freunden, Nachbarn und Bekannten zur Nachricht.

Dresden, Schießgasse 6 u. Moritzstr. 13, Kötzschenbroda, Querstr. 6.

In tiefem Schmerz

Carl Frötschner, Goldschmiedemstr. und Familie.

Grete Rauchholz

Paul Gasmann, Leutn. d. R.

Verlobte.

Weihnachten 1918.

Essen a. d. Ruhr. Bloßsche-Königswald.

Sächs. Zentrumspartei, Wahlkreis Ost-Sachsen.

Montag, den 30. d. M., findet in Dresden im kath. Gefellenhaus, Räußerstraße 4, abends 1/2 8 Uhr eine wichtige **Mitgliedsversammlung** statt. Nur Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand.

Katholisches Casino zu Dresden.

Sonntag, den 29. Dezember 1918 abends 6 1/2 Uhr

im großen Saale des katholischen Gefellenhauses, Räußerstraße 4

Weihnachts-Feier

bestehend in Ansprache, musikalischen und gefanglichen Vorträgen und Theater.

Um 8 1/2 Uhr (Einfahrt willkommen) beginnt

Einfahrt 7 1/2 Uhr Der Vorstand.



Sächsische Landes-Lotterie

Ziehung 2. Klasse

am 9. Januar 1919

110 000 Lose, 550 000 Gewinn

im Betrage von

20801000

Haupttreffer evtl.

800000

speziell

300000

500000

200000

150000

100000

Preise der Lose 2. Klasse

1/10 1/5 1/2 1/1

0- 20- 50- 100-

Voll-Lose für alle Klassen gültig

1/10 1/5 1/2 1/1

25- 50- 125- 250-

Eduard Renz.

Sächs. Staats-Lott.-Einsamml.

Dresden-A., Annasstraße 8

Bank-Ko.: Allg. Post. Kredit-Anstalt

Tanz.

berichtet Dr. Privat-Institut v. Tanzl. H. Koenecke u. Töchter.

Zahnsgasse 2, am Altmarkt.

Bevorzugt Tanzl. d. Mittelstand

Leichtfaßl. unüberroffene Lehr-

meth., beste und bill. Aus-

bildung keine Nachz. oder

Ableidervorschr. Neue Kurse

beg. Sonntag d. 6. Januar

4 Uhr. Don. 20 Uhr. Don-

nerstag d. 9. Januar abds

8 Uhr. Don. 30 Uhr. Dauer

3 Monate. Herren können

sich an 2 Kurien beteiligen.

Best. Anmeldungen jetzt erb.

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere treu-ergebene Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Frau

Maria Slama

am Freitag früh 1/4 4 Uhr nach kurzem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sakramenten im Alter von 64 Jahren sanft verschieden ist.

In tiefstem Schmerz

Johann Slama

nebst allen Angehörigen.

Strehlen-Mörsfeld, den 27. Dez. 1918.

Die Beerdigung findet am Montag den 30. Dez. nachm. 1/2 4 Uhr von der Halle des luth. kath. Friedhofes statt.

Heute abend verschied nach kurzem Krankenlager an der Grippe, wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten, meine unvergeßliche Gattin, unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegertochter u. Nichte

Frau Elsa Cissarz

geb. von Winterstein

Frankfurt a. M., am 27. 12. 18.

Finkenhofstr. 29.

Professor Johannes Vincens Cissarz

Arnold Cissarz

Hildegard Cissarz

im Namen aller Hinterbliebenen.

Vereinshaus, Binzendorfstraße.

Mittwoch, den 1. Januar 1919 abends 8 Uhr (Einfahrt 1/2 8 Uhr)

Vortrag

des Generalsekretärs Kurt Fritzsche.

Eintritt frei.

Eintrittskarten sind zu entnehmen in der Geschäftsstelle, Schöffergasse 3, 1, Räcknitzstraße 18, im Verkehrshauschen am Pirnaischen Platz und Sachsen-Allee 3.

Albert Kuntze & Co.

Bankgeschäft

Dresden, Altmarkt (An der Kreuzkirche 1, 1.)

Sorgfältigste Ausführung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Katholische Volksversammlung.

Am Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 Uhr findet im großen Saale der Dresdner Kaufmannschaft, Ost-Allee 9, ein

Wohlfühlungsabend

statt

Tagesordnung:

Erster Vortrag. Thema: **Terrorismus oder Freiheit?**

Referent Gewerkschaftssekretär Knoll-Berlin.

Zweiter Vortrag. Thema: **Was fordert die Zeit von der katholischen Frauenwelt?**

Referentin Fräulein von Schalscha-Berlin.

Die Katholiken aller Stände werden um zahlreiches Erscheinen dringend gebeten. Besondere Einladungen können wegen Kürze der Zeit an die Vereine nicht ergehen.

Die Vorstände der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine Dresdens.

Katholische Hausangestellte!

(Büßgerinnen, Mädchen für Alles, Scheuerfrauen usw.)

Die Gefindeordnung ist gefallen!

Wollt Ihr wissen, welche Bestimmungen nunmehr in Frage kommen, so kommt alle am

Freitag, den 3. Januar, pünktlich abends 7 Uhr

in den Saal des kath. Gefellenhauses, Räußerstraße 4,

Vortrag:

Die Neuordnung der Dienstbotenfrage
Verbandsleiterin von Schalscha-Berlin.

Der kath. Verein erw. Frauen u. Mädchen

Dresden-A., Ost-Allee 23^{1.}

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 297

Sonnabend, den 28. Dezember 1918 abends

17. Jahrg.

Hirtenbrief der preussischen Bischöfe über den neuen Kulturkampf.

Die unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Preussens entbieten den Gläubigen ihrer Diözesen Gruß und Segen im Herrn.

Geliebte Diözesanen!

In den Schreckensjahren des Krieges haben wir gemeinsam mit euch die Not und Angst der Zeit, gemeinsam mit euch den Kummer und die schwere Sorge des Herzens getragen. Was zur Verringerung des Leidens in Heimat und Heer, was zur Stütze der Sittlichkeit und des Rechtes nützlich sein konnte, haben wir nach besten Kräften gefördert. Jetzt aber der Friede. Aber die harte Not und die große Sorge will noch nicht so bald schwinden. Katholisches Volk! Deine Bischöfe werden auch jetzt und jetzt erst recht mit dir zusammen stehen, was immer auch kommen mag.

Deine Bischöfe — dessen darfst du sicher sein — werden mit dir zusammenhalten, bis einmal wieder bessere Zeiten kommen.

Bessere Zeiten? Ach, ihr wißt, wie gerade jetzt in kirchlicher Hinsicht für euch und für uns ganz neue, schwere Kämpfe drohen. Wie das Wetterleuchten eines heraufziehenden Unwetters wirkte vor einigen Tagen die Ankündigung der Trennung von Staat und Kirche durch einen Vertreter der augenblicklichen Regierung. Treue Diözesanen! Wir Bischöfe wollen keine feigen Mittlinge sein. Wir wollen nicht Verräter werden an eurem Seelenheil und an unserer heiligsten Gewissenspflicht. Wir wissen auch, daß ihr alle insgesamt, Millionen und Millionen preussischer Katholiken, Männer und Jünglinge und Frauen und Jungfrauen, daß ihr alle mit uns eins seid in der festen und unbedingten Entschlossenheit, einem solchen Vorhaben den Riegel vorzuschieben. Und so erheben wir laut und heftig vor aller Welt unsere Stimme und legen in euer aller Namen, im Namen der gesamten katholischen Preussens die schärfste Verwahrung ein gegen den Plan, Kirche und Staat in Preußen voneinander zu trennen.

Wir katholischen Preussens werden das unter keinen Umständen und um keinen Preis abgeben und billigen. Denn wir kennen die bittere und gottlose Rechtsverletzung, die die beabsichtigte Trennung von Kirche und Staat in sich schließt. Und wir kennen auch die schlimmen und schweren Gefahren, die sie im Gefolge hat.

Trennung von Staat und Kirche! Das ist ein inhaltlos Wort. Die Wegner Christi und der Kirche wollen trennen, was von Gottes und Rechts wegen zusammen gehört, wollen auseinanderschneiden, was miteinander und ineinander gewachsen ist. Der Staat als solcher soll keine Religion und keine Kirche mehr kennen, soll sich um Religion und Kirche nicht mehr kümmern. Die lebensvolle Verbindung, die zwischen unserem Volke und der Kirche seit vielen Jahrhunderten bestanden hat und besteht, soll jäh zerfallen und zerschneiden werden. Unser Land soll aufhören, als Staatswesen christlich zu sein. Der Name Gottes soll aus der Öffentlichkeit verschwinden. Der Religionspötker soll den Namen Gottes und unseres Heilandes ungestört lästern dürfen. Das Zeichen der Erlösung, das heilige Kreuz, von dessen Stamm uns Hilfe und Gnade im Leben und in der Sterbestunde zufließt, soll verboten werden aus allen öffentlichen Gebäuden, aus den Schulen, von den öffentlichen Beinen. Die Kirche gilt dann dem Staate nicht höher als ein Privatverein, als etwa eine Gesellschaft, die sich um des Vergnügens willen gebildet hat. Der Schutz

und die Unterstützung, die der Staat bislang der Kirche zuteil werden ließ, wird zurückgezogen. Der Staat hört auf, seine feierlich verbrieften Verpflichtungen zu erfüllen. Zu den Kosten des Gottesdienstes und der Kirchenbauten, zum Unterhalte der Geistlichen trägt er nichts mehr bei. Zur Eingehung der Kirchensteuern ist er nicht mehr beihilflich. Die theologischen Lehrstühle an den Universitäten werden aufgehoben.

Und merket wohl auf, geliebte Diözesanen, das allerschlimmste ist dieses: Aus den Schulen schwindet jegliche Religion. Lehrer und Lehrerinnen werden für ihr hohes Amt vorbereitet ohne Religion und ohne Glaubensbekenntnis. Für das wichtigste Erziehungs- und Unterrichtsfach gibt es im Schulplan keinen, gar keinen Platz mehr. Das Beispiel anderer Staaten zeigt uns, wie weit man schließlich die Trennung von Staat und Kirche treibt und auch bei uns zu treiben bereit sein wird. Da werden selbst die einzelnen Kirchengemeinden ihrer Rechte und ihres mühsam erworbenen und zusammengeparten Eigentums beraubt. Die frommen Stiftungen werden aufgehoben oder ihrem Zwecke entfremdet. Den Ordensgenossenschaften, die für das Gemeinwohl im Dienste der Armen, der Kranken, der Kinder in größter Selbstlosigkeit sich aufreiben, den uns aus Herz gewachsenen Ordensgenossenschaften, den männlichen und den weiblichen Orden, nimmt man unarmherzig das Vermögen und den Unterhalt. Urteilt selbst, geliebte Diözesanen, sind das nicht bittere, gottlose Rechtsverletzungen? Katholisches Volk, wir rufen dich heilig zum Zeugen: Schreit ein solches Unrecht nicht wahrhaft zum Himmel auf? Es ist ein Unrecht und Frevel gegen Gott den Herrn. In der ergreifenden Abschiedsrede, da der göttliche Heiland für sich, für seine Jünger und für alle Gläubigen das hohepriesterliche Gebet sprach, in jener heiligen Stunde vor dem Beginn seines Leidens gedankt er des ewigen Lebens, daß er allen Menschen verleben möchte. „Darin aber besteht“ — es sind die Worte Christi selbst, teure Diözesanen — „darin aber besteht das ewige Leben, daß sie erkennen dich, den allein wahren Gott, und den du gesandt hast, Jesus Christus.“ (Jo. 17, 3.) Dieses ewige Leben in der Erkenntnis Gottes des Vaters und seines eingeborenen Sohnes hat die Kirche durch die Apostel uns vermittelt. Dafür sind die Märtyrer in den Tod gegangen. Seit den Tagen Konstantins ist das Kreuz das Zeichen höchster Ehre. Die barbarischen Völker beugten sich vor ihm und in diesem Zeichen des Kreuzes wurden sie getauft in christlicher Bildung und Kultur. „Alles Fortschritt in Wissenschaft und Kunst und Zivilisation, alle Werke fürsorgender Nächstenliebe sind mit dem geheiligten Namen Christi untrennlich vereinigt. Im Zeichen des Kreuzes Christi ist unser Volkswesen begründet und befestigt worden. Ein schandvolles Unrecht, wenn unser Volk in einer Stunde der Verwirrung und Ummahnung von sich stoßen und zertrümmern wollte, was Jahrhunderte und Jahrhunderte lang inmitten des Volkes und zu seinem Heile aufgerichtet stand: das Kreuz des Erlösers. Mit Gebet und Almosen begleitet unser Volk die Missionäre, die da hinausziehen, um die in der Finsternis und im Todeschatten stehenden Völker für Christus und seine Kirche zu gewinnen und jemals sollte unser Volk selbst Kergernis nehmen an Christi Namen und sich schämen seines heiligen Kreuzes? Geliebte Diözesanen! Mit der Frage der Trennung von Staat und Kirche wird unser Volk, wie einstmal den Juden, unser Herr und Heiland vorgesetzt: „Sehet da euren König!“ Wird es wagen zu rufen: „Hinweg, hinweg mit ihm!“ Wir

wollen nicht, daß er über uns herrsche! (Job. 19, 14, 15; Ps. 19, 14.)

Die Trennung von Kirche und Staat ist ein Frevel gegen Gott den Herrn, sie ist auch bitteres Unrecht gegen die Kirche und die Gläubigen. Erinnerung euch, geliebte Diözesanen, all der Lehr- und Mahnworte, die die Kirche als liebevolle Mutter und Erzieherin zu euch sprach seit den Tagen eurer Kindheit, in der Schule, in der Christenlehre, in der Predigt, bei der Spendung der heiligen Sakramente, beim öffentlichen Gottesdienste und in der stillen Unmittelbarkeit der Einzelseelsorge. Da arbeitete und arbeitet sie an euch, damit Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Treue, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe in eurem Herzen sich festige und euren Sinn veredele. Täglich auf neue veranfert sie da mit fürsorgender Hand die Familie, das Fundament aller menschlichen Gesellschaft, und nimmer wird sie müde, alles nach besten Kräften abzumachen, was das Volkswohl schädigen könnte. So hat sie auch das Messer angelegt, um jenes Geschwür aufzuschneiden, an dem unsere deutsche Volkseele zugrunde zu gehen droht: den Mißbrauch der Ede, die Sünden gegen das feindliche Leben. Sie hielt immerfort dem Gesamtwohle des Staates, indem sie den Kindern Gehorsam einflößt gegen Eltern und Vorgesetzte und den Eltern aufopfernde Liebe und Sorge befehlte, die Kinder, indem sie den Bürgern jeglichen Standes treuherzige Pflichterfüllung predigt und allen Mitgliedern des Volkes Frieden und Einigkeit untereinander. Oft und oft hat der Staat in den Zeiten höchster Not bei der Kirche um Hilfe gebittet, auf daß sie erscheinen möge, um mit ihrer weichen Hand die schrecklichsten Wunden zu heilen, um mit ihrem tröstenden Wort gebrochenen Mut aufzurichten, zaghaften Sinn zu stärken, harte Herzen und verschlossene Hände zu öffnen. Was der Staat selbst nie vermocht hätte, die Kirche hat es für ihn und zu seinem Heile geleistet. Noch in diesem Kriege hat sie — dessen ist Freund und Feind allüberall Zeuge — unermessliches Leid gestillt und vieler furchtbaren Not bei den Tabeingeliebten und bei den Gefangenen in fernem Ländern vorgebeugt. Und der Dank dafür? Wahrlich, der Staat müßte nach dem Kriege dringendere und größere Sorge haben, als seine Helferin der Not löhrenden Bedenke zu kleben.

Und sollte es zu einer Beraubung der Kirche kommen, wie es geplant zu sein scheint, — welch neues Unrecht! — Es sind kaum 100 Jahre her, da hatte man die Güter der katholischen Kirche eingezogen und den katholischen Volksteil arm gemacht. Damals blieb sich der Staat bewußt, daß er der von den notwendigsten Mitteln entbliebenen Kirche doch wenigstens die geordnete Erhaltung wieder zu ermöglichen habe. Deshalb hat der Staat damals gewisse Restituten der katholischen Kirche gegenüber feierlich und in einer nach Völkerrecht bindenden Weise auf sich genommen. Und selbst diese Verpflichtung wollte der Staat einfach leugnen? Sollte sich in brutaler Art hinweg setzen über alles Recht? Sollte heilige Verträge einseitig zerreißen, die nur mit Zustimmung beider Teile geändert werden können? Schon ist das Wort gefallen, der Besitz der Kirche sei zu Unrecht erworben. O liebe Diözesanen, ist das wirklich Unrecht, daß die Gläubigen sich Kirchen bauen, Restituten für ihre Angehörigen erwerben, den Geistlichen, die an ihren Kirchen dienen, den Lebensunterhalt sichern? Wieviele Lohnproben der Arbeiter und Arbeiterinnen, wieviel Liebesgaben der Armen und Ärmsten, wieviele Scherflein der Witwen sind langsam zusammen geflossen, um da und dort ein neues Gotteshaus entstehen zu lassen! Ist solches Almosen, ist solde

Drei graue Reiter.

Ein Roman in Feldpostbriefen von Anny Wothke. Amerikanisches Copyright 1917 by Anny Wothke-Mohn, Leipzig. Nachdruck verboten.

(26. Fortsetzung)

Sie sagen, daß dieser Weg Ihnen ja jetzt vorgezeichnet ist. Sie unterschätzen Ihren Herrn Schwiegervater, und Sie kennen sich selbst noch nicht, verehrte Freundin. Zudem ist ja noch gar nicht festgestellt, ob die Liebe Ihres Herrn Schwagers für seine Braut sich bewährt. Ich meine, wer Sie, verehrte Frau, einmal geliebt hat, kann nie eine andere lieben.

Das sind wohl altmodische Ansichten. Sie kommen mir vor, als wenn hier nächstens Raketen steigen, nachdem der Donner der Geschosse verhallt, und grell ihr Licht in die schwarze Nacht fällt.

Wie ein Schattenriß erstreckt mir auf diesem Hintergrund meine eigene Welt und auch die Ihre, meine gnädige Frau. Aus der verdäunten grauen Bräunung springt dann die Sehnsucht mit all ihrem Schmerz und ihrer Süße.

Mein Urlaubsgesuch ist bereits eingereicht.

Ich komme, meine gnädige Frau, ich komme bald!

Ihr Lüderig.

Oberleutnant Kraft von Gernsheim an die von Plessen.

Argonnen, 15. April 1916.

Verehrtes, gnädiges Fräulein!

Ganz neulich war ich, daß Sie Lüderig und Eversen so viel geschrieben hatten.

Geben Sie sich denn ganz vergessen, den lustigsten der drei armen Kerle? Nein, die so herrlich duftenden Zigaretten belegen das Gegenteil.

Ich denke viel an Sie, gnädiges Fräulein, besonders seit ich Sie im Bilde kenne.

Eversen ist doch ein guter Junge, daß er mich mit den Witbe beglückt. Wissen Sie denn Eversen so endlos schreiben? Bei Lüderig schadet das nicht so viel — er ist ja bald 20 Jahre älter als Sie — aber Eversen ist entschieden gefährlich.

Ich habe nämlich den dummen Glauben, Sie dürften keinem anderen schreiben als mir. Das ist ja natürlich lächerlich, aber sehen Sie, gnädiges Fräulein, so bin ich nun: alles oder nichts.

Machen Sie aber bloß nicht Ernst und nehmen Sie das „Nichts“ etwa wörtlich.

Dt ist mir wirklich ganz dämlich zu Sinn. Das kommt wohl, weil wir wieder schwere Tage hinter uns haben.

In diesen Kampftagen hatte ich einen lieben Brief von Ihrer Schwester Heide. Sie hat sich wohl doch zu viel zugemutet mit ihrer Arbeit im Lazarett? Ich vermisse ganz ihren spöttischen, aufreizenden Ton, der ihr sonst eigen. Sie ist doch nicht ernstlich krank?

Können Sie sich denken, daß man Sehnsucht verspürt nach Menschen, die man gar nicht kennt? Daß man sich glücklich schätzen würde, einmal mit einem süßen kleinen Rädel über die Heide zu schwärmen und in einem stillen deutschen Schlosse, das hohe Birken umrauschen, mit seinen Inassen zu plaudern?

Die Sehnsucht steckt uns Deutschen nun einmal im Blut. Mir mochte sie sonst nicht zu schaffen, aber die Plessensteiner mit ihrem echtdeutschen Wesen, die haben sie geweckt.

Darf ich, wenn ich Urlaub bekomme, einmal auf den Plessenstein vorklopfen?

Bisher bin ich noch nie um Urlaub eingekommen. Ich wußte nicht, wozu. Ich habe niemand, der mir so nahe steht, daß ich ihn aufsuchen könnte. Die wenigen Freunde stehen gleich mir im Feld.

Seitdem Eversen zu Hause war und von Ihnen und der Heide erzählt, wachte mich aber grimmigster Reiz. So ein ruppiger Kerl bin ich!

Fragen Sie doch mal bei Ihren geschätzten Eltern an, ob ein armer Reitermanns Einkehr bei Ihnen halten darf.

Dieser Brief schrieb ich bei Nacht. Der Morgen bricht schon an. Alles ist in Licht und Purpur getaucht. Dazu erhebt sich ein Höllenlärm. Mein Sehnsucht steht schon gestarrt und scharrt ungeduldig mit den Füßen. Die ganze Schwadron schießt dem Feinde entgegen.

„Fertig, Schwadron, zum!“ wird gleich das Kommando laut werden.

Fertig, mein Brieflein! Run eile, daß dich bald Heß und fett weiße kleine Mädchenhände halten.

Unser altes Männenlied schwingt sich jetzt in die Morgenfrühe. Wir singen es immer vor der Schlacht.

Bieliecht reitet auch mit mir auf meinem Rapphengst der Tod, dann „Lebe wohl, blond Mädchen!“

Schön und herrlich solch ein Reiterlod fürs Vaterland. Die jetzt da draußen vom Wiederschehen klingen, denken viel leicht auch im tiefsten Herzen „Nimmermehr!“

Ein deutscher Reiter, gnädiges Fräulein, denkt an Sie, wenn er dem Tode entgegenfliegt.

Ihr ergebenster Kraft von Gernsheim.

Hie von Plessen an den Oberleutnant Kraft von Gernsheim.

Schloß Plessenstein, Karfreitag 1916.

Was machen Sie bloß für Geschichten? Sinnenlangst ist mir noch Ihrem letzten Brief geworden. Sie können wirklich sollen, und ich war heißfroh, als ich von Eversen hörte, daß sie alle drei glücklich zurückkehrten. Sie werden sich doch etwa nicht mit Todesahnungen und ähnlichem Kram befassen?

Ob ich Eversen soviel schreiben muß? Nein, ich muß eigentlich nicht; aber ich tue es doch!

(Fortsetzung folgt.)

Welle 4
t, das
Mutter,
Leiden,
n Altor
rn
an
rigen.
19 8.
30. Don
3. kath.
kursom
vorsehen
meine
solobte
Z
18.
Cissars
enon.
e.
19
e.
elle,
chen
Wte!
usw.)
in Frage
7 Uhr
rstraße 4,
nfrage
in.
Lädchen

Die Unrecht? Nein, wahrhaftig nein. Aber Frevel und Unrecht wäre es, sich an solchem Eigentum zu vergreifen. Wie manche fromme Stiftung ist von den Gläubigen gemacht worden mit der ausdrücklichen Absicht, daß noch in fernem Zeiten ihrer im Gebete gedacht werde und daß ihre Nächstenliebe für Arme und Kranke fortdauernd gutes wirke! Wer will das Recht haben, diese Stiftungen anzutasten? Und dann die Besitzungen unserer katholischen Orden und Kongregationen! Vor hundert Jahren hat man unseren Orden alles fortgenommen, was auf die allgeredteste Art durch Arbeit und Schenkung, gewonnen war. Und jetzt möchte man bei der Trennung von Staat und Kirche zu neuem Unrecht schreiten. Da fragen wir euch: Was, glaubt ihr, wäre dabei im ganzen preussischen Staate überhaupt zu gewinnen? Was anders als geringe Liegenchaften und schlichte Gebäude von Orden, die ihre gesamten Kräfte dem Dienste Gottes, der Erziehung der Jugend, der Fürsorge und Pflege von Kranken, Krüppeln, Blinden, Waisen, Irren, Geisteskranken, kurz, der Fürsorge und Pflege der Kerntesten der Armen widmen? Und alles Eigentum der Orden im preussischen Staate ist in den letzten Jahrzehnten lediglich erworben durch die milden Schenkungen des gläubigen Volkes, durch das mitgebrachte Gut ihrer Mitglieder, durch die sparsame, ja kaiserliche Lebensweise der Bewohner der Ordenshäuser. Schönder Undank und schreiendes Unrecht wäre es, wenn der Staat Heim und Verforgung gerade denen rauben wollte, die seinen verlassensten und ärmsten Gliedern die größten Wohltäter sind.

Geliebte Diözesanen! Kehret bei der geplanten Trennung von Staat und Kirche nicht bloß auf das frevelhafte Unrecht, das damit verübt würde. Denkt auch, wir bitten euch, an die schlimmen und schweren Gefahren, die eine solche Trennung mit sich bringt.

Ein Staat ohne Gott, ohne Religion! Wer soll den Bestand des Staates sichern, wer die Gewissenhaftigkeit und Treue seiner Bürger, die Wahrhaftigkeit in Handel und Wandel gewährleisten? Etwas die Polizei und die Furcht vor Strafe? Ihr wißt, wie wenig Schutz und Sicherheit äußere Maßnahmen bieten, wenn nicht das Gewissen mitpricht. Die Ehe wird entweiht, die eheliche Treue wird dem Gespötte preisgegeben, das Familienband auseinander gerissen, schon kündigen die Förderer der Trennung von Kirche und Staat die vollständige Umwandlung aller sittlichen Begriffe in der Öffentlichkeit an. Und eine Schule ohne Gott und ohne Offenbarung! Ohne Christentum und Kirche! Eine Schule — merket wohl auf, geliebte Diözesanen — ohne Religionslehre und ohne Gottesdienst, ohne Gebet, ohne Beicht- und Kommunionunterricht, ohne gerechten Sakramentenempfang, ohne religiösen Geist in Unterricht und Erziehung! Verdet euch bewußt, welche entsetzliche Verwüstung im Erziehungs- und Schulwesen, im ganzen Geistesleben des Volkes das bedeutet! Welch harte und schier unerträgliche Arbeit wird das geben für Lehrer und Erzieher! Wie schmerzlich und herzerbrechend wird für die Eltern die Erfahrung werden, daß kindliche Liebe und kindlicher Gehorsam bei jeder Vertuschung ins Wanken geraten, wenn sie nicht durch die Ehrfurcht vor Gottes Willen gestützt und nicht im Gewissen fest verankert sind! Keuere Bildung und die Erziehung zu religionsloser Menschlichkeit werden zur Zeit der Prüfung abfallen wie aufgetragene Kleider. Wie erschreckend wachsen die Reihen der Verbrecher nach Ausweis der Statistik dort, wo die Schulen sich dem Einfluß der Religion entziehen oder ganz religionslos sind! Wenn einmal die zweite oder dritte Generation in der religionslosen Schule herangewachsen ist, dann wird die Rot des Staates selbst vielleicht so groß geworden sein, daß er am liebsten die vertriebene Kirche zur Hilfe wieder zurückrufen möchte.

Lagt uns schließlich, geliebte Diözesanen, noch die eine Frage stellen:

Wem ist denn mit der Trennung von Staat und Kirche dienlich?

Wird der preussische Staat reich werden durch die Güter, die in ihrem Gesamtbetrage — hört unser wohlüberlegtes Wort — die in ihrem Gesamtbetrage noch bei weitem nicht den Wert der einen oder anderen großen Fabrik- oder Bergwerksgesellschaft erreichen, durch die Einziehung von Gütern, die er seinen eigenen Angehörigen raubt? Nimmt der Staat diese Güter nicht gerade den breiten Massen des Volkes, die in der Religion Kraft, Trost und Mut für alle Lebenslagen finden? Nimmt er sie nicht den Söhnen der Kirche, die um ihres Glaubens und Bewußtseins willen in den blutigsten Schlachten und harten Entbehrungen bis zum letzten Handgehalt haben? Geschicht denn — so fragen wir alle — geschieht denn irgendwie einem Staatsbürger Unrecht, wenn der andere sich öffentlich als Mitglied seiner Kirche bekennet? Hat nicht der christgläubige Katholik genau das selbe Recht auf diejenige Achtung seiner Überzeugung, die der Staat dem Ungläubigen und den Dissidenten zubilligen will? Kann der christgläubige Staatsbürger nicht die Erziehung der Kinder nach seinen Grundsätzen und seiner Überzeugung wenigstens gerade so berechtigt erwarten verlangen, wie der glaubenslose Staatsbürger?

In Christo geliebte Diözesanen! Das Höchste und Wertigste und Beste, was wir haben, steht mit der Trennung von Staat und Kirche auf dem Spiele. Es geht um das Ganze um die Ehre Gottes, um den Namen Jesu Christi, um eure heilige Kirche, um eure Gewissensfreiheit, um das Heil eurer Seelen und um das Heil der Seelen eurer unschuldigen Kinder. In den Jahren des Kulturkampfes habt ihr euch selbsthaft um eure Rechte und Interessen gekämpft. Und diese katholische Einigkeit hat damals den vollen Sieg davongetragen. Denn dieser katholischen Einigkeit und Einmütigkeit konnte auf die Dauer nichts widerstehen. Jetzt kommt ein Kulturkampf von noch viel schlimmerer Art. Schließt darum enger wieder eure Reihen! Versteht eure Rechte mit Unerschrockenheit und Ausdauer! Glaubet nicht, daß wir übertrieben. In der Zukunft droht Schreck-

liches. Wir bitten und beschwören euch bei allem, was eurem Herzen lieb und heilig ist: Verkennt nicht den erschütternden Ernst und die verhängnisvollen Gefahren dieser Zeiten! Es sind die Feinde der Religion, die jetzt ihre Stunde gekommen glauben. Sie werden alles und jedes daransetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Dagegen müßt ihr euch wehren, alle inopertant wie ein Mann, unbeyuglich und unbesiegbar.

Benutzt alle Rechte, die ihr in politischer Beziehung habt, ihr katholischen Männer und Frauen, Jünglinge und Jungfrauen! Tut alles, was ihr könnt, mit allen erlaubten Mitteln, die euch irgendwie zu Gebote stehen, um das Unheil abzuwehren. Ihr katholischen Vereine und Organisationen, wir rufen euch auf! In öffentlichen Versammlungen und in der zügelten Kleinarbeit, durch Wort und Schrift und Tat, nicht zuletzt durch inständiges Gebet im gemeinsamen Gottesdienst, in privater heiliger Andacht; arbeitet und betet alle für die Sache Gottes und seiner Kirche. Erhebet Proteste über Proteste gegen das Unrecht, das man euch antun will. Und laßt nicht nach in eurem Widerstande, bis man davon absteht, die Hand an euer Heiligtum zu legen! Gott der Herr aber schütze uns alle und helfe uns und segne uns in dieser schweren, schweren Stunde. Gott der Vater und der Sohn und der heilige Geist. Amen.

- Gegessen am 20. Dezember 1918.
- Felix, Kardinal von Gartmann, Erzbischof von Köln.
 - Edmund, Erzbischof von Gießen und Bosen.
 - Dolf, Erzbischof von Breslau.
 - Felix, Bischof von Triest.
 - Augustinus, Bischof von Eulm.
 - Joseph Damian, Bischof von Fulda.
 - Augustinus, Bischof von Ermoland.
 - Karl Joseph, Bischof von Paderborn.
 - Johannes, Bischof von Münster.
 - Augustinus, Bischof von Limburg.
 - Wilhelm, Bischof von Osnabrück.
 - Joseph, Bischof von Bistumstein.

Berufs-Vorbildung Ostern 1919 = 54. Schuljahr

I. A. Lagererschule — Lehrlingschule f. Pflichtschüler
II. A. Handelswissenschaftliche Kurse für männliche und weibliche Besucher
B. Vorbereitung für Amtsprüfungen
III. Privattaxe
Kleinliche Handels- und höhere Fortbildungs-Schule
Dresden A V, Moritzstraße 3 — Fernsprecher 5 0918

Fl. Kreibich's Nachfolger
Inh. A. Aertw. Zanker und W. v. v. Pannol
Sportergasse 11
DRESDEN A. Ecke Schöberggasse
Schmuck- und Perlenlager
Schmuck in Granaten, Korallen, Silber, Bernstein, Elfenbein, Jet
Alle Arten Glas-, Wachs- und Metallperlen
Strick- und Stickperlen. — Schwarze und farbige
Schmelze — Plitter- und Beutesteine.
Reparaturen und Neuanfertigungen prompt und billig

Strümpfe 83
Lager in Strumpfwaren, Trikotagen, Mechanische Strickerei
Gsk. K. K. H. Strumpfwerk M.-tr. Dresden, Alaanstr. 14.

Gravierungen aller Art
in Gold, Silber, Eisenblech, Marmor, Gekülaid,
gold- und silbergeprägte Monogramme in Leder, Elfenbein
und Ebenholz, und
aufgehobene und eingelebte Feinsilber-Monogramme in
Schilber, Silber, Ebenholz, Gold,
Versteine, Porzellan, Wismut, Silber,
Wachstein, Kristall, Glas, Porzellan, Elfenbein usw.,
Schriftzugmodelle, Plakats- und Modellbuchstaben,
Stahlgewandmodelle in allen Größen,
Stahlgewandmodelle, galvan. Vergoldung u. Versilberung.

Carl Wolff
Große Brüdergasse 1 Dresden-Klein-
Grosse Auswahl
feinster Parfümerien, Haarwasser, Zahn-
pasta usw. in eleganter Präsent-Aufmachung
biete ich dem geschätzten Publikum in
meinem
Stadtgeschäft
Seestrasse 19
Hermann Schöbel,
Parfümeriefabrik — gegr. 1888.
Elisenstraße 68—70.

Die armen Kinder des oberen sächsischen Erzgebirges
Sitten mit Erlaubnis ihres Bischofs um eine Gabe zur
Gründung einer Kommunitantenherberge. An der sächsisch-
böhmischen Grenze der Pfarrei gehen sehr viele Kinder
katholischer Eltern der kath. Religion verloren. Manche
haben bis zum 12. und 13. Jahre noch keinen kath.
Gottesdienst gesehen. Alle 200 kath. Kinder der Unter-
richtsstationen in Oberwiesenthal, Hammerunterwiesenthal
Bärenstein und Jöhstadt müssen protestantische Schulen
besuchen. Die Gründung einer Kommunitantenherberge
mit einer katholischen Lehrperson ist ein dringendes Be-
dürfnis. Bald beginnt auch der Kommunionunterricht
und es muß für Osternweit entfernt wohnende Kinder
für Nahrung und Quartier gesorgt werden. Die Armut
der Pfarrikinder zwingt zu dieser Bitte. Der göttliche
Kinderfreund will den Barmherzigen mit Barmherzigkeit
vergeben.
Das röm.-kath. Pfarramt Annaberg i. E.
Postfach 8832 Reibitzg.

Handel- und Sprachkurs Stadthaus Johannstadt
Direktion: Frau Irene Karatz,
Dresden, Blumenstr. 2, I. — Fernsprecher 27 488
Gründliche Ausbildung in allen kaufmännischen Fächern
Ausbildung zur Kassakontrolle — Kursus in
Verwaltungswesen — Kassakontrolle
Sonderkurs: für junge Damen mit höherer Tochter-
schulbildung beginnen am 1. Januar 1919.

C. F. J. J. J. J. J.
Schneiderei
Klempner
Tel. 18356
Tel. 18318
Großschlager & Schneiderei
Metzger-Blum & Wagner

**Fleisch-Ausgabe an die verehrl. Kund-
schaft erfolgt bis auf weiteres nur
Sonnabende.
Neue Markenmeldungen rechtzeitig
erbeten.**
Curt Mertzsching
Dresden, Wittenberger Str. 78

Stadt-Café
am Zwinger und Postplatz
Inhaber: O. Hofmann

Sächsischer Kunstverein
Brühlsche Terrasse
Werke Dresdner Künstler
Gemälde □ Bildwerke □ Graphik
Sonderausstellungen:
Pro'. Wilhelm Claudius
Hofmann-Oskarberg
Clemens Oskar Schanze.
Geöffnet werktags 10—4, Sonntags 11—2 Uhr
Eintritt 60 Pfg.